

# NACHHALTIGKEITSREPORT





# INHALT

<b>Vorwort</b> .....	05
<b>Schlaglicht auf die Umfrageergebnisse</b> .....	06
<b>Auswirkungen der Nachhaltigkeitspolitik auf die regionale Wirtschaft</b> .....	07
Strukturdaten der Stichprobe .....	07
Klimaneutralität bis 2045 nur für die Hälfte der Unternehmen erreichbar .....	11
Nachhaltigkeitsberichterstattung ist für die Mehrheit noch nicht zwingend.....	12
EU-Taxonomie bereitet den Unternehmen Sorgen, Umweltauflagen werden überwiegend sinnvoll erachtet.....	13
<b>Fazit: Divergierende Bewertung von Nachhaltigkeitsmaßnahmen</b> .....	16
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	18
<b>Impressum</b> .....	19



# VORWORT

Nachhaltigkeit gewinnt für Unternehmen zunehmend an Bedeutung, sei es durch neue Herausforderungen wie Berichtspflichten oder die Motivation der Unternehmerinnen und Unternehmer. In einem Umfeld vielfältiger globaler Herausforderungen wie Ressourcenknappheit, Klimawandel und sozialer Ungleichheit werden Unternehmen zunehmend gefordert. Dazu trägt auch die aktuelle Konjunkturschwäche bei.

Die IHK hat die Aufgabe die Lage der gesamten Wirtschaft im IHK-Bezirk zu betrachten. Sie muss sich dabei sowohl auf die Unternehmen konzentrieren, die sich schnell an Neuerungen und Vorschriften anpassen können, aber auch auf diejenigen Unternehmen, denen das nicht möglich ist. Sonst droht aus dem Blick zu geraten, dass einige Unternehmen in Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis keine Zukunft mehr sehen oder den Standort verlassen. Das darf auch mit Blick auf die ökonomische Nachhaltigkeit nicht geschehen.

83 Prozent der Unternehmen suchen aktiv nach Möglichkeiten umweltfreundlicher zu agieren, unabhängig von gesetzlichen Vorschriften. Ressourcen werden effektiver eingesetzt, Müll wird vermieden oder der Strombedarf zu einem größeren Teil aus erneuerbaren Energien gedeckt. Das zeigt deutlich, dass Unternehmen in der Region ein starkes Interesse an der Nachhaltigkeit haben. Allerdings sehen die Unternehmen auch Herausforderungen in Bezug auf gesetzliche Vorgaben im Bereich Nachhaltigkeit. Das sind vor allem Bedenken hinsichtlich der Umsetzbarkeit und den damit verbundenen Kosten für den administrativen Aufwand, Berater und Beraterinnen sowie Mitarbeitende, aber auch Konzepte zum Klimaschutz in Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis werden von einem Teil der Unternehmen als unrealistisch angesehen. 21 Prozent der Unternehmen sehen sich infolge der Einführung neuer Regelungen sogar in der Existenz bedroht.

In einer Zeit, in der ökonomische, ökologische und soziale Verantwortung immer mehr in den Fokus rücken, ist es wichtig, den aktuellen Status und die Auswirkungen von politischen Maßnahmen aus diesem Bereich auf die Unternehmenslandschaft zu analysieren und zu verstehen. Durch eine Analyse zentraler Wirtschaftskennzahlen sowie der Auswertung unserer Umfrage wird aufgezeigt, wie Unternehmen auf Anforderungen auf EU- und nationaler Ebene reagieren und welche Herausforderungen und Chancen sich daraus ergeben.

In der Online-Befragung, deren Ergebnisse im Folgenden dargestellt werden, konnten Unternehmen aus Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis die Auswirkungen von Regelungen im Bereich der Nachhaltigkeit, wie z.B. zu Berichtspflichten oder Transparenz, bewerten und Einschätzungen zu verschiedenen Facetten, wie z.B. der Erreichbarkeit von Klimaneutralität, abgeben.

Die Ergebnisse dieser Untersuchung sollen dazu beitragen, ein tieferes Verständnis für die Dynamiken und Implikationen von Nachhaltigkeitspolitik auf Unternehmen zu schaffen. Dabei soll der Bericht einen Beitrag zur aktuellen Diskussion über die Nachhaltigkeit in der Wirtschaft leisten und die Rolle der Wirtschaft aufzeigen. Die detaillierten Ergebnisse finden Sie im Folgenden.



**Dr. Hubertus Hille**  
Hauptgeschäftsführer  
der IHK Bonn/Rhein-Sieg



**Prof. Dr. Stephan Wimmers**  
Geschäftsführer  
der IHK Bonn/Rhein-Sieg

## SCHLAGLICHT AUF DIE UMFRAGEERGEBNISSE

**22  
PROZENT**

der befragten Unternehmen geben an infolge der Einführung neuer Regelungen in der Existenz bedroht zu sein.

**83  
PROZENT**

Prozent der befragten Unternehmen suchen aktiv nach Möglichkeiten umweltfreundlicher zu agieren, unabhängig von gesetzlichen Vorschriften.

**77  
PROZENT**

der befragten Unternehmen geben an, dass die Einhaltung von Klimaschutzregulierungen zu zusätzlichen Kosten und Herausforderungen führt.

**53  
PROZENT**

der befragten Unternehmen geben an, dass Klimaneutralität für sie bis 2045 erreichbar ist.

**15  
PROZENT**

der befragten Unternehmen ziehen eine Verlagerung ihres Standorts, beispielsweise ins Ausland in Betracht.

**58  
PROZENT**

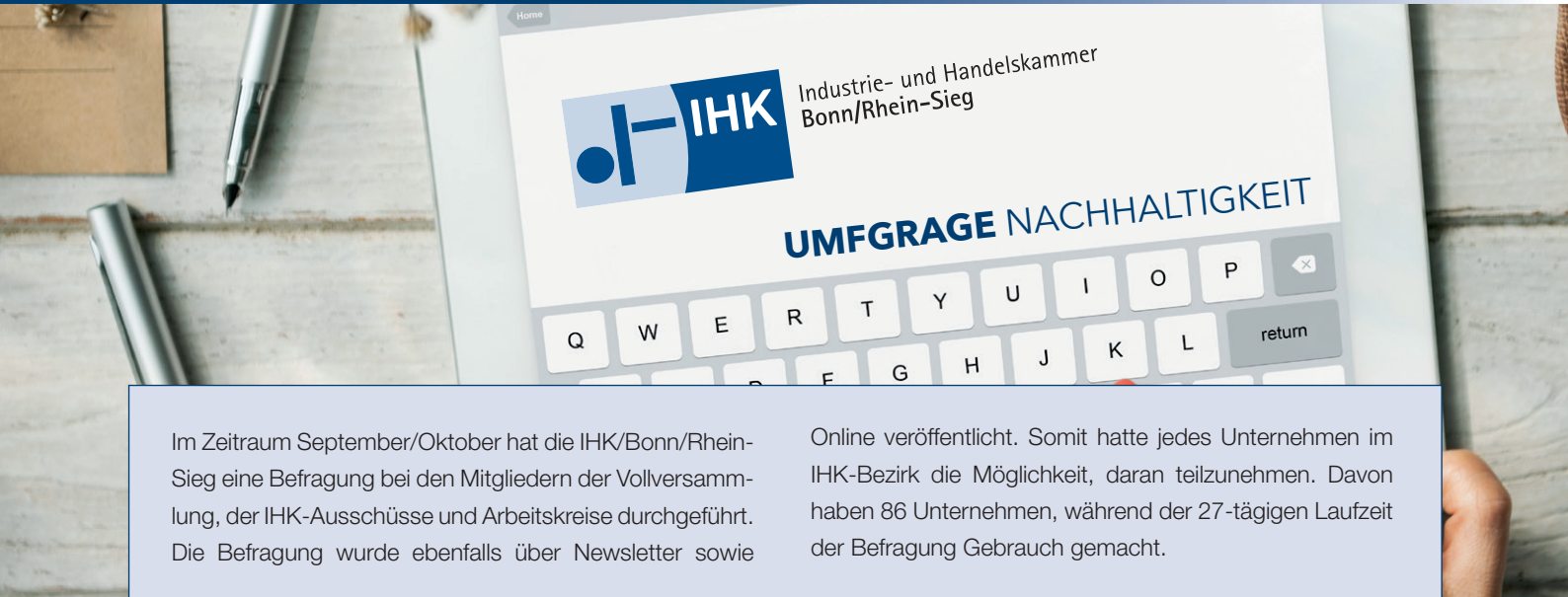
der befragten Unternehmen halten den Klimaplan bzw. das Klimakonzept der Kommune an ihrem Standort für nicht realistisch.

### DIE GESETZLICHEN VORGABEN WERDEN VON DEN UNTERNEHMEN UNTERSCHIEDLICH BEWERTET:

- Besonders kritisch werden die Vorschriften der EU-Taxonomie und die Mobilitätswende gesehen.
- Insgesamt werden Umweltauflagen als eher sinnvoll erachtet. Das trifft auch auf die Anwendung des Verursacherprinzips bei der Einpreisierung der Kosten der Umweltschäden zu.



# AUSWIRKUNGEN DER NACHHALTIGKEITSPOLITIK AUF DIE REGIONALE WIRTSCHAFT



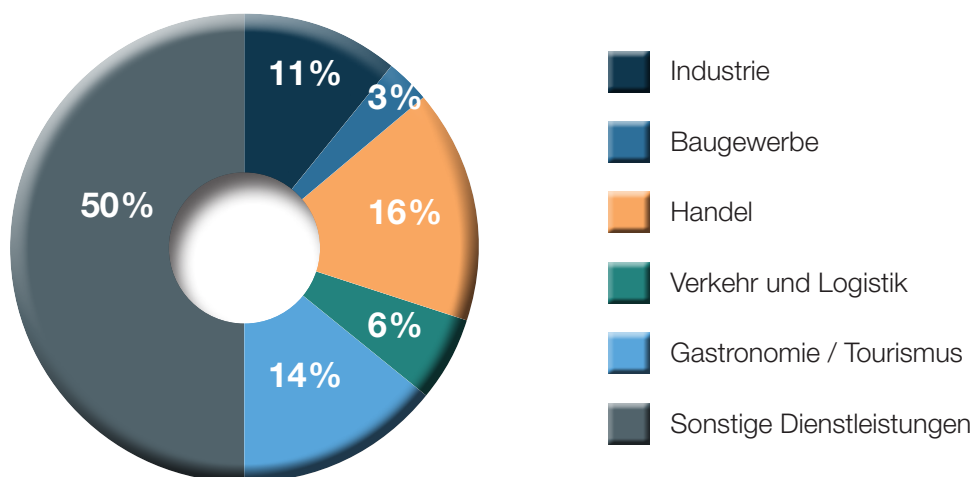
Im Zeitraum September/Oktober hat die IHK/Bonn/Rhein-Sieg eine Befragung bei den Mitgliedern der Vollversammlung, der IHK-Ausschüsse und Arbeitskreise durchgeführt. Die Befragung wurde ebenfalls über Newsletter sowie

Online veröffentlicht. Somit hatte jedes Unternehmen im IHK-Bezirk die Möglichkeit, daran teilzunehmen. Davon haben 86 Unternehmen, während der 27-tägigen Laufzeit der Befragung Gebrauch gemacht.

## STRUKTURDATEN DER STICHPROBE

Die meisten Teilnehmenden gehören dem Dienstleistungssektor an: Davon entfallen 14 Prozent auf den Bereich Gastronomie/Tourismus, 16 Prozent aus dem Bereich Handel, der Großteil gehört jedoch zu den sonstige Dienstleistungen. Aus der Gesundheitswirtschaft beteiligte sich kein Unternehmen an der Umfrage. Die Verteilung der Wirtschaftszweige der Umfrageteilnehmer spiegelt die Verteilung der Wirtschaftszweige in der Region Bonn/Rhein-Sieg hinreichend wider, mit einigen Abweichungen, z. B. einem höheren Anteil von Gastronomie/Tourismus.

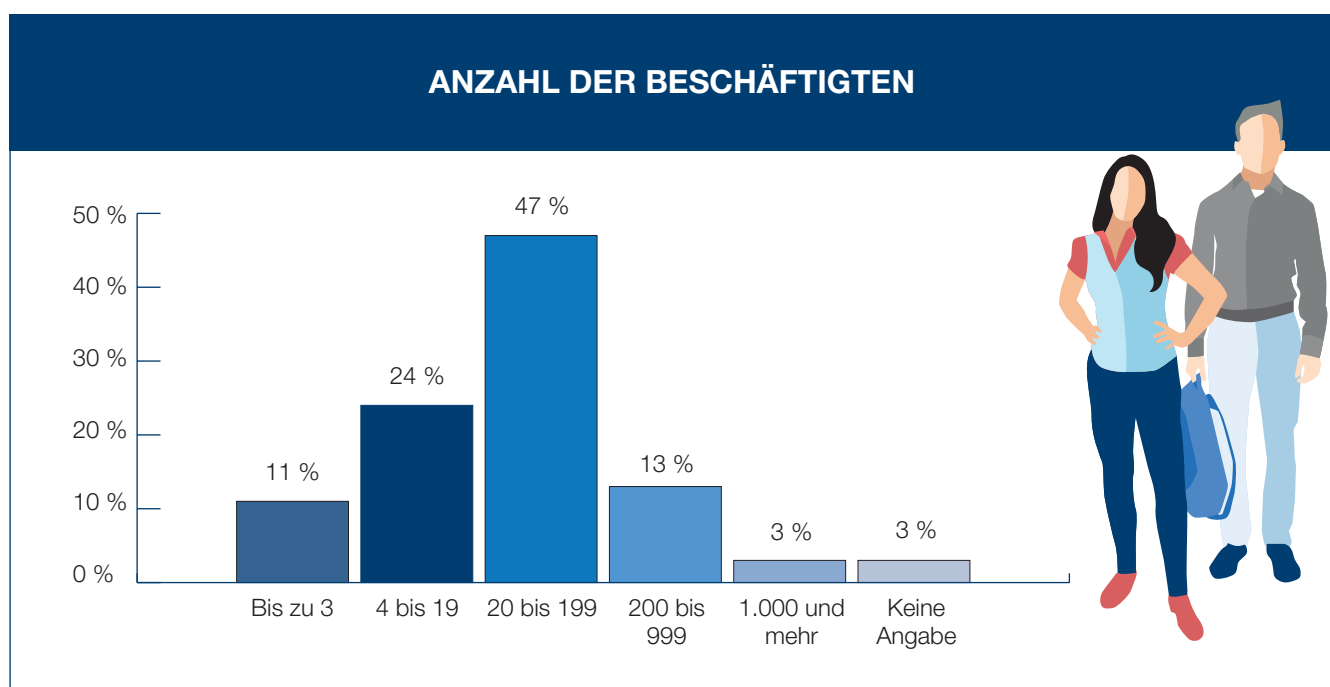
### WIRTSCHAFTSZWEIGE



## AUSWIRKUNGEN DER NACHHALTIGKEITSPOLITIK AUF DIE REGIONALE WIRTSCHAFT

Die Mehrheit der teilnehmenden Unternehmen, 68 Prozent, hat ihren Standort in der Stadt Bonn, aber auch Unternehmen aus Troisdorf, Königswinter und anderen Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises haben an der Umfrage teilgenommen.

Fast die Hälfte der Unternehmen hat zwischen 20 und 199 Mitarbeitende. Etwas mehr als ein Drittel beschäftigt weniger als 20 Mitarbeitende und 16 Prozent der antwortenden Unternehmen haben 200 und mehr Beschäftigte.



In Gesprächen mit Unternehmen aus der Region wurde darauf hingewiesen, dass die Energieintensität eines Unternehmens häufig relevant dafür ist, ob Unternehmen von neuen Regelungen im Bereich Nachhaltigkeit stark betroffen sind. Energieverbrauch und Treibhausgasemissionen sind derzeit durch den Verbrauch von fossilen Brennstoffen eng miteinander verknüpft. Aus diesem

Grund wurden die Unternehmen auch dazu befragt. Die Mehrheit (35 Prozent) der Unternehmen in Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis gibt an, dass der Anteil ihrer Energiekosten am Umsatz bis zu zwei Prozent beträgt. Vier Prozent der Antwortenden geben an, dass dieser Anteil in ihrem Unternehmen über 14 Prozent liegt, diese Unternehmen sind besonders energieintensiv.

### Unternehmen wollen sich engagieren – Vorschriften führen zum Teil zu Herausforderungen

Zunächst wurden die Unternehmen um ihre Einschätzung zu verschiedenen Aspekten der Nachhaltigkeitspolitik gebeten. Die jeweiligen Aussagen konnten mit den folgenden Möglichkeiten beantwortet werden: Stimme zu, Stimme eher zu, Neutral, Stimme eher nicht zu, Stimme nicht zu und Keine Antwort. Die Antworten zeigen, dass sich etwa ebenso viele Unterneh-

men gut (22 Prozent) wie schlecht (24 Prozent) über Nachhaltigkeitsregulierung und -politik informiert fühlen. Die Mehrheit bewertet dies jedoch neutral (knapp 40 Prozent). Demnach besteht bei einem Teil der Befragten ein erheblicher Informationsbedarf über die entsprechenden gesetzlichen Vorgaben. Einen vollständigen Überblick haben nur die Wenigsten.





Insgesamt halten etwa 58 Prozent der Unternehmen den Klimaplan bzw. das Klimakonzept der Kommune an ihrem Standort für nicht realistisch während 22 Prozent ihn für realistisch halten. Von den Unternehmen, die sich gut über die Nachhaltigkeitsregelungen und -politik informiert fühlen, hält ein größerer Anteil das Konzept für realistisch (27 Prozent) und nur 23 Prozent für unrealistisch, 27 Prozent sind auch hier neutral. Von den Unternehmen, die sich (eher) schlecht über die Nachhaltigkeitsregelungen und -politik informiert fühlen, halten über 90 Prozent den Klimaplan bzw. das Klimakonzept an ihrem Standort für unrealistisch – nur knapp fünf Prozent sind hier neutral. Dieses Ergebnis deutet darauf hin, dass mehr Aufklärung über die Pläne helfen würde.

Nichtsdestotrotz haben die Möglichkeiten, umweltbewusst zu handeln, eine hohe Bedeutung für die Unternehmen. Rund 83 Prozent der antwortenden Unternehmen suchen unabhängig von gesetzlichen Vorgaben aktiv nach Möglichkeiten, umweltfreundlicher zu agieren. Nur ein kleiner Anteil von 5 Prozent der Unternehmen steht dem eher ablehnend gegenüber. Das zeigt, dass die Unternehmen ihre Verantwortung sehen und die hohen Einstandspreise mehr Anreize zum sorgsamem Umgang mit Rohstoffen bieten.

Viele Unternehmen erfassen, welche Herausforderungen bzw. welche Investitionen notwendig sind, um die ambitionierten Ziele zu erreichen. Vielfach setzt sich die Erkenntnis durch, dass sie für die Erreichung der Ziele mehr Zeit und auch Ressourcen benötigen. Oft reicht die private Rendite der Klimaschutzinvestitionen nicht aus, um Investoren zu überzeugen.

Häufig kann das nur durch eine entsprechende Förderung gelingen, mit der die Lücke geschlossen werden kann. Angesichts knapper Kassen bei den staatlichen Institutionen, glauben viele Betriebe nicht an eine schnelle Realisierung.

Während sich für die Unternehmen Chancen für neue Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle ergeben, wie die Mehrheit der Antwortenden (50 Prozent) angibt, werden auch Produkte, Dienstleistungen oder Geschäftsmodelle durch die veränderten Rahmenbedingungen in Frage gestellt. Letzteres geben über 60 Prozent der Antwortenden an. Viele der heute hergestellten Produkte, aber auch Dienstleistungen sind im Sinne der Ökologie nicht nachhaltig. Teilweise können sie nicht recycelt werden, haben einen hohen Rohstoffverbrauch oder verursachen bei der Erstellung einen hohen CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Dennoch leisten sie bisweilen einen hohen Beitrag mit Blick auf die ökonomische (z.B. Arbeitsplätze) oder soziale (z.B. günstiger Preis) Komponente der Nachhaltigkeit. Dessen ungeachtet, werden sie möglicherweise von umweltbewussten Verbrauchern nicht mehr nachgefragt. Da Unternehmer ihre Produkte immer wieder erneuern müssen, erkennen viele der befragten Unternehmen, darin auch eine Chance. Darauf beruht nicht zuletzt die Hoffnung, dass neue nachhaltige Produkte und Dienstleistungen angenommen werden und die Betriebe dadurch Gewinne erzielen und Arbeitsplätze schaffen.

Weitgehend einig sind sich die Unternehmen darin, dass die Einhaltung von Klimaschutzvorschriften zusätzliche Kosten und Herausforderungen mit sich bringt. Nur für 6 Prozent der antwortenden Unternehmen trifft dies nicht zu. In diesen Ant-



# AUSWIRKUNGEN DER NACHHALTIGKEITSPOLITIK AUF DIE REGIONALE WIRTSCHAFT

worten tritt zutage, dass die erforderlichen Investitionssummen hoch ausfallen und sich das in den Produktpreisen niederschlagen wird.

Ein beachtlicher Anteil der Unternehmen (22 Prozent) fühlt sich durch die Einführung neuer Regelungen in ihrer Existenz bedroht. Den Befragten ist bewusst, dass sie unter den neuen Vorschriften unter Umständen nicht mehr wettbewerbsfähig produzieren können. Sie sehen mithin keine Möglichkeit, ihre Produkte oder Dienstleistungen anzupassen oder zu erneuern. Damit entfällt eventuell das Geschäftsmodell und es droht die

Insolvenz. Auch eine Standortverlagerung wird von einem Teil der Unternehmen in Betracht gezogen. Neun Prozent stimmen dem zu und sechs Prozent stimmen eher zu. Einige Unternehmen sind der Meinung, dass sie nur noch an anderen Standorten wettbewerbsfähig sein können. Die überwiegende Mehrheit der Unternehmen zieht eine Standortverlagerung jedoch nicht in Betracht (77 Prozent). In den Branchen Handel und Industrie ist der Anteil der Unternehmen, die eine Verlagerung in Betracht ziehen, mit jeweils über 40 Prozent (trifft zu und trifft eher zu) besonders hoch. Am niedrigsten ist dieser Anteil im Dienstleistungssektor.

## WIE BEWERTEN SIE DIE FOLGENDEN AUSSAGEN IN BEZUG ZUR NACHHALTIGKEITSPOLITIK?

Wir fühlen uns gut über die Nachhaltigkeitsregulierungen und -politik informiert.



Wir halten den Klimaplan / das Klimakonzept der Kommune an unserem Standort für realistisch.



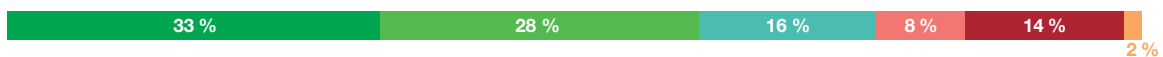
Wir suchen aktiv nach Möglichkeiten umweltfreundlicher zu agieren, unabhängig von gesetzlichen Vorschriften.



Es ergeben sich Chancen für neue Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle.



Einige Produkte, Dienstleistungen oder Geschäftsmodelle stehen infolge der geänderten Rahmenbedingungen in Frage.



Die Einhaltung von Klimaschutzregulierungen führt zu zusätzlichen Kosten und Herausforderungen.



Wir sind infolge der Einführung neuer Regelungen in der Existenz bedroht.



Wir ziehen eine Verlagerung unseres Standortes in Betracht (z.B. ins Ausland).



■ Stimme zu   
 ■ Stimme eher zu   
 ■ Neutral   
 ■ Stimme eher nicht zu   
 ■ Stimme nicht zu   
 ■ Keine Antwort

Rundungsfehler möglich



## Klimaneutralität bis 2045 nur für die Hälfte der Unternehmen erreichbar

Bis zum Ziel der Klimaneutralität auf Bundesebene bis 2045 geben über 50 Prozent der Unternehmen an, dass Klimaneutralität für sie erreichbar ist. Für ein Viertel der antwortenden Unternehmen ist dies nicht vorstellbar. Für viele Unternehmen des Dienstleistungssektors stellt das Ziel der Klimaneutralität ein weniger großes Problem dar als für energieintensive Industriebetriebe. Für knapp 40 Prozent der Unternehmen ist Klimaneutralität jedoch nur mit Unterstützung von Fördermitteln erreichbar und 45 Prozent können Klimaneutralität nur durch eine Kompensation der Treibhausgasemissionen darstellen. Klimaschutzinvestitionen rechnen sich aktuell mitun-

ter betriebswirtschaftlich nicht. Die Rendite ist dann zu gering und kann allenfalls durch Fördermittel aufgestockt werden. Nicht selten können Unternehmen ihre Prozesse nicht klimaneutral transformieren. In diesen Fällen verbleibt nur eine Kompensation, um die Emissionen auszugleichen – zum Beispiel durch Aufforstung.

Unternehmen setzen sich nicht selten selbst entsprechende Ziele zur Erreichung der Klimaneutralität. Das haben rund 49 Prozent der Unternehmen bereits vorgenommen bzw. wollen dies tun. Rund ein Viertel der Unternehmen plant dies nicht.

## WIE BEWERTEN SIE DIE FOLGENDEN AUSSAGEN ZUR KLIMANEUTRALITÄT?

Klimaneutralität ist für unser Unternehmen bis 2045 erreichbar.



Klimaneutralität kann unser Unternehmen nur durch Kompensationszahlungen erreichen.



Klimaneutralität kann unser Unternehmen nur mit Unterstützung von Fördermitteln erreichen.



Wir planen ein Ziel zur Erreichung von Klimaneutralität zu setzen oder haben dies bereits gesetzt.



■ Stimme zu   
 ■ Stimme eher zu   
 ■ Neutral   
 ■ Stimme eher nicht zu   
 ■ Stimme nicht zu   
 ■ Keine Antwort

Rundungsfehler möglich

# AUSWIRKUNGEN DER NACHHALTIGKEITSPOLITIK AUF DIE REGIONALE WIRTSCHAFT



## Nachhaltigkeitsberichterstattung ist für die Mehrheit der Unternehmen noch nicht zwingend

56 Prozent der befragten Unternehmen sind nicht dazu verpflichtet, einen Nachhaltigkeitsbericht zu erstellen. 31 Prozent sind dazu verpflichtet und 13 Prozent geben hier „unbekannt“ an. Das lässt darauf schließen, dass einige Unternehmen noch zu wenig über die Nachhaltigkeitsberichterstattung wissen oder sich nicht sicher sind, ob sie betroffen sind. Letzteres kann auch eine Folge der Tatsache sein, dass sie nicht wissen, ob ihre Kunden Kennzahlen von Ihnen benötigen. Denn es ist bereits jetzt klar, dass größere Unternehmen ihre gesamte Wertschöpfungskette im Blick haben müssen und von ihren Lieferanten entsprechende Angaben anfordern werden.

Bei den Großunternehmen mit 200 Mitarbeitenden und mehr geben rund 90 Prozent an, einen Nachhaltigkeitsbericht erstellen oder Kennzahlen melden zu müssen, rund 10 Prozent dieser Unternehmen geben an, dass die Verpflichtung dazu unbekannt sei. Unternehmen mit weniger als 200 Mitarbeitende geben zu

65 Prozent an, keinen Bericht erstellen bzw. keine Kennzahlen melden zu müssen, gut 20 Prozent müssen dies und für 13 Prozent ist es unklar, ob diese Verpflichtung auf sie zutrifft.

Dies zeigt, dass die Berichterstattung bereits heute viele größere Unternehmen betrifft und das Reporting noch nicht vollständig über die Lieferkette hinweg implementiert ist.

Ein Großteil der berichtspflichtigen Unternehmen hat Informationen zur Nachhaltigkeit beziehungsweise für die Nachhaltigkeitsberichterstattung abrufbereit vorliegen. Allerdings geben viele Unternehmen an, dass die Daten nur mit erheblichem Aufwand zu beschaffen sind. Dafür muss ein Teil der Unternehmen auf einen externen Dienstleister zurückgreifen. Gleichzeitig werden die Kennzahlen und Berichte aber von den Kunden erwartet. Da bei dieser Frage eine Mehrfachauswahl möglich war, wird auf eine Darstellung nach prozentualen Anteilen verzichtet.



## EXKURS Nachhaltigkeitsberichterstattung (Stand Oktober 2024)<sup>1</sup>

Die Corporate Social Responsibility Directive ist ein Teil des European Green Deal. Sie hebt die Nachhaltigkeitsberichterstattung auf das Level der Finanzberichterstattung. Zum einen werden inhaltliche Vorgaben für die Berichterstattung definiert, beispielsweise müssen Strategien, Maßnahmen, Verantwortlichkeiten und Un-

ternehmenskultur bezogen auf die wesentlichen Nachhaltigkeitsaspekte offengelegt werden, zum anderen wurden neue Berichtsstandards definiert, die sogenannten ESRS (EU Sustainability Reporting Standards). Eine doppelte Wesentlichkeitsanalyse legt fest, welche Daten berichtet werden müssen.

2025	2026	2027	2029
Veröffentlichung der Berichte zum <b>Berichtsjahr 2024</b>	Veröffentlichung der Berichte zum <b>Berichtsjahr 2025</b>	Veröffentlichung der Berichte zum <b>Berichtsjahr 2026</b>	Veröffentlichung der Berichte zum <b>Berichtsjahr 2028</b>
Betrifft Unternehmen, die bereits im Sinne der CSR-RUG (Corporate Social Responsibility – Richtlinie-Umsetzungsgesetz) berichtspflichtig sind: Kapitalmarktorientierte Unternehmen mit über 500 Mitarbeitende, Banken und Versicherungen	Große Unternehmen, die bisher nicht im Sinne der CSR-RUG berichtspflichtig sind: Unternehmen, die mindestens zwei der folgenden drei Kriterien erfüllen: <ul style="list-style-type: none"> <li>✓ Mehr als 250 Mitarbeitende</li> <li>✓ Mehr als 25 Mio. € Bilanzsumme</li> <li>✓ Mehr als 50 Mio. € Nettoumsatzerlöse</li> </ul>	Börsennotierte KMU, kleine und nicht komplexe Kreditinstitute sowie firmeneigene (Rück-) Versicherungsunternehmen	Nicht-EU-Unternehmen mit EU-Niederlassungen oder EU-Tochterunternehmen

## EU-Taxonomie bereitet den Unternehmen Sorgen, Umweltauflagen werden überwiegend sinnvoll erachtet

Die Unternehmen wurden außerdem gefragt, wie sie Auswirkungen von Regulierungen auf ihr Unternehmen einschätzen. Die jeweiligen Regulierungen konnten mit den folgenden Antwortmöglichkeiten bewertet werden: Positiv, Eher positiv, Neutral, Eher negativ, Negativ und Nicht betroffen. Letztere Antwortmöglichkeit zeigt den Anteil der Unternehmen an, für die die jeweilige Regulierung nicht relevant ist.

Die antwortenden Unternehmen schätzen die Auswirkungen der Nachhaltigkeitspolitik auf ihre Unternehmen unterschiedlich ein, einige sehen positive Effekte, andere sehen Herausforderungen.

47 Prozent der Unternehmen gehen davon aus, dass sich die Vorgaben im Rahmen der EU-Taxonomie, wie die Berichterstattung oder Auswirkungen auf die Kreditvergabe, negativ auf ihr Unternehmen auswirken werden. Sie befürchten, dass sie künftig höhere Zinsen bezahlen müssen oder mehr Sicherheiten stellen müssen bzw. keine Kredite mehr zu erhalten. Demgegenüber sehen rund 25 Prozent einen positiven Effekt. 13 Prozent der Unternehmen geben an, nicht betroffen zu sein. Unter den abgefragten Auswirkungen ist der Anteil der nicht betroffenen Unternehmen bei der Taxonomie am größten.



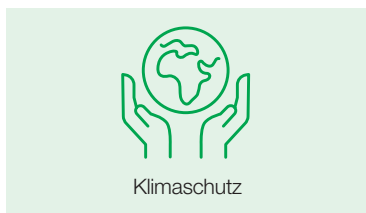
<sup>1</sup> Umweltbundesamt, CSR-Richtlinie, <https://www.umweltbundesamt.de/umweltberichterstattung-csr-richtlinie>, Zugriff am 11.11.2024

# AUSWIRKUNGEN DER NACHHALTIGKEITSPOLITIK AUF DIE REGIONALE WIRTSCHAFT

## EXKURS EU-Taxonomie<sup>2</sup>

Die EU-Taxonomie ist ein Klassifizierungssystem, das von der Europäischen Union entwickelt wurde, um wirtschaftliche Aktivitäten nach ihrer Nachhaltigkeit zu kategorisieren. Das System stellt Kriterien auf, um zu bestimmen, welche Aktivitäten als nachhaltig gelten und soll so Transparenz und Vergleichbarkeit fördern. Investoren

sollen durch die Klassifizierung erkennen können, welche Investitionen nachhaltig sind. Das Ziel der Taxonomie ist die Umstellung auf eine nachhaltigere Wirtschaft zu fördern, indem der Zugang zu Finanzmitteln für umweltfreundliche Projekte erleichtert werden soll.



Auch die Regelungen zur Kreislaufwirtschaft (Circular Economy), wie zum Beispiel die Ökodesign-Verordnung, werden sehr unterschiedlich bewertet. 36 Prozent der Unternehmen bewerten die Auswirkungen dieser Regelungen positiv, ein etwas größerer Anteil sieht sie negativ. Viele Unternehmen werden ihre Produkte künftig voraussichtlich neugestalten müssen. Dabei müssen sie beispielsweise das Recycling der eingesetzten Materialien von Anfang an mitdenken. Da aber einige Materialien aktuell nicht bzw. nur unter unwirtschaftlichen Bedingungen recycelt werden können, wissen manche Betriebe nicht, wie sie diesen Anforderungen künftig begegnen sollen.

Die Auswirkungen der Mobilitätswende, wie die Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs oder die Umwidmung von Verkehrsflächen, werden von der Mehrheit der Unternehmen negativ bewertet. Knapp 44 Prozent der Antwortenden bewerten die Auswirkungen der Mobilitätswende auf ihr Unternehmen

negativ. Demgegenüber sehen 33 Prozent die Auswirkungen positiv für ihr Unternehmen. Lediglich 5 Prozent geben an, nicht betroffen zu sein, so dass die Auswirkungen dieses Regelungsbereichs den größten Kreis der Unternehmen betreffen. Die Mehrheit der befragten Betriebe wird durch die Veränderungen im IHK-Bezirk, die durch die Maßnahmen für die Verkehrswende ausgelöst werden belastet. Umweltspuren, Protected Bike Lanes, wegfallende Parkplätze und Verkehrsberuhigungen auf Nebenstraßen lösen Staus mit Zeitverlusten sowie Lieferprobleme aus. Die Folgen sind höhere Kosten. Der Befund zeigt aber auch, dass ein Teil der Unternehmen mit den Veränderungen gut zurechtkommt. Teilweise befürworten diese Befragten die Maßnahmen.

Bei den Umweltauflagen wie zum Beispiel Verbote von umweltgefährdenden Stoffen oder Prozessen, dem Bundesimmissionsschutzgesetz oder dem Umwelthaftungsgesetz sieht die Mehr-

<sup>2</sup> Tagesschau (2022), Worum es bei Taxonomie geht, <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/faq-eu-taxonomie-101.html>, Zugriff am 11.11.2024



heit der Unternehmen (47 Prozent) positive Auswirkungen. Viele Betriebe sehen die Notwendigkeit des Umweltschutzes oder den Schutz der Gesundheit sowie ihre Verantwortung dafür. 23 Prozent sehen allerdings negative Auswirkungen, während ein Anteil von 20 Prozent neutral ist. Mit den dazugehörigen, einzuholenden Genehmigungen und der Dauer der Verfahren sind viele Betriebe unzufrieden. Insgesamt leiden die Betriebe unter der Bürokratielast.

Die Auswirkungen von Anreizen im Rahmen der Energiewende, die nach dem Verursacherprinzip zu einer Einpreisung der Kos-

ten von Umweltschäden in die Produktionskosten führen, sehen 40 Prozent der Unternehmen positiv. Die Internalisierung negativer externer Effekte ist ein wichtiges ökonomisches Prinzip. Das sehen auch viele Betriebe. Dagegen geben gut 30 Prozent negative Auswirkungen an. Das könnte darauf zurückzuführen sein, dass viele Wettbewerber vor allem im Ausland diese Preisaufschläge nicht bezahlen. Der Anteil der Unternehmen, die sich bei dieser Bewertung neutral äußern, ist mit 22 Prozent bei dieser Frage am höchsten. Als Anreize werden beispielsweise die CO<sub>2</sub>-Bepreisung, die Energiepreise oder die Umstellung auf Wasserstoff gesehen.

### EXKURS Verursacherprinzip<sup>3</sup>

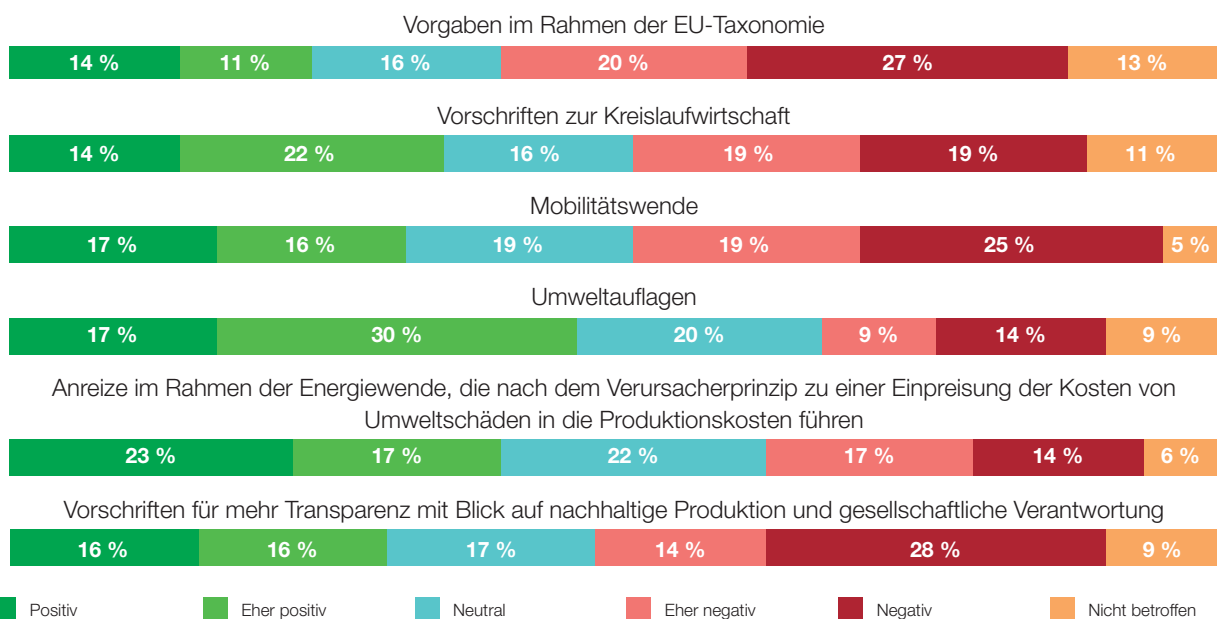
Das Verursacherprinzip ist eine Leitlinie, die besagt, dass diejenigen, die Umweltbelastung oder -verschmutzung verursachen, auch für deren Beseitigung aufkommen sollen. Für Unternehmen bedeutet dies, dass sie für die Umweltauswirkungen ihrer Produkte

oder Dienstleistungen verantwortlich gemacht werden. Wenn beispielsweise eine Produktionsstätte Schadstoffe in die Luft oder ins Wasser abgibt, muss sie die Kosten für die Reinigung und die Wiederherstellung der Umwelt tragen.

Die letzte abgefragte Wirkung betrifft Vorschriften für mehr Transparenz im Hinblick auf nachhaltige Produktion und gesellschaftliche Verantwortung. Beispiele für Vorschriften und Regelungen in diesem Bereich sind das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz oder die Nachhaltigkeitsberichterstattung. Nach

der Taxonomie wurde dieser Punkt von den Unternehmen am negativsten bewertet. Während 32 Prozent positive Auswirkungen auf ihr Unternehmen angeben, sehen 42 Prozent negative Auswirkungen. Knapp 10 Prozent sind von diesen Regelungen nicht betroffen.

## WIE BEWERTEN SIE DIE FOLGENDEN PUNKTE BEZÜGLICH DER AUSWIRKUNGEN AUF IHR UNTERNEHMEN?



Rundungsfehler möglich

<sup>3</sup> Bundeszentrale für politische Bildung, Verursacherprinzip, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-der-wirtschaft/21050/verursacherprinzip/>, Zugriff am 11.11.2024

## FAZIT: DIVERGIERENDE BEWERTUNG VON NACHHALTIGKEITSMASSNAHMEN

Die Befragung zeigt deutlich, dass ein erheblicher Teil der Betriebe Schwierigkeiten mit den gesetzlichen Vorschriften, aber auch mit den Klimaschutzplänen hat. Es stimmt bedenklich, wenn mehr als ein Fünftel der Betriebe sich in seiner Existenz bedroht sieht und einige Unternehmen den Standort Bonn/Rhein-Sieg verlassen wollen. Der Befund lässt deutlich werden, wie viele Unternehmen ihre Produkte und Dienstleistungen anpassen müssen. Das erklärt auch, dass zwar eine Mehrheit der Unternehmen angibt, Klimaneutralität bis 2045 erreichen zu können, ein Drittel jedoch nicht.

Gleichwohl gibt es unter den Befragten eine große Mehrheit, die nach Möglichkeiten sucht, unabhängig von gesetzlichen Vorgaben umweltfreundlicher zu werden. Das ist den Unternehmen sehr wichtig. Auch gibt es etliche Unternehmen, die in der Transformation Chancen sehen. Die gesetzlichen Vorgaben werden von den Unternehmen unterschiedlich bewertet. Besonders kritisch werden die Vorschriften der EU-Taxonomie und die Mobilitätswende gesehen.

Insgesamt werden Umweltauflagen aber eher positiv bewertet. Das trifft auch auf die Anwendung des Verursacherprinzips bei

der Einpreisung der Kosten der Umweltschäden zum Beispiel in die Energiepreise zu. Mit Blick auf mehr Transparenz über nachhaltige Produktion und gesellschaftliche Verantwortung überwiegen die kritischen Stimmen die positiven leicht.

Obwohl die Befragung sehr viele Zweifel und Kritik an der derzeitigen Nachhaltigkeitspolitik aufzeigt, ist aber ebenso festzustellen, dass ein erheblicher Teil der Unternehmen die Transformation und die dafür notwendigen Maßnahmen für richtig hält.

Deshalb müssen aus Sicht der IHK Bonn/Rhein-Sieg Wege gefunden werden, die einerseits auf Klimaschutz- und Kreislaufwirtschaft einzahlen und andererseits einer breiten Mehrheit der Unternehmen ermöglichen, sich daran zu beteiligen, ohne die eigene Existenz und damit den Standort zu gefährden.

Dazu wird es notwendig sein, realistische und damit erfüllbare Ziele für den Pfad zur Klimaneutralität zu formulieren.

Ebenfalls grundlegend wird dafür sein, marktwirtschaftliche Prinzipien zur Anwendung zu bringen. Eine breite Zustimmung der Wirtschaft kann es nur dann dafür geben.

### WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

Aufbauend auf dem vorhergehenden Nachhaltigkeitsreport (abrufbar unter dem Webcode @3675) werden unter dem rechts stehenden QR-Code die Entwicklungen in der Region anhand des Status Quo einzelne Indikatoren dargestellt.







## LITERATURVERZEICHNIS

Amt für Soziales und Wohnen (2024); Situation der Wohnraumförderung 2024; Mitteilungsvorlage 240896

---

Bundeszentrale für politische Bildung, Verursacherprinzip,  
<https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-der-wirtschaft/21050/verursacherprinzip/>, Zugriff am 11.11.2024

---

Tagsschau (2022), Worum es bei Taxonomie geht, <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/faq-eu-taxonomie-101.html>, Zugriff am 11.11.2024

---

Umweltbundesamt, CSR-Richtlinie, <https://www.umweltbundesamt.de/umweltberichterstattung-csr-richtlinie>, Zugriff am 11.11.2024



## IMPRESSUM

Herausgeber	© IHK Bonn/Rhein-Sieg   Bonner Talweg 17   53113 Bonn Tel: +49 (0) 228 2284-0   E-Mail: info@bonn.ihk.de
Redaktion	Alicia Hohmann   Referentin Nachhaltigkeit Prof. Dr. Stephan Wimmers   Geschäftsführer Standortpolitik
Ansprechpartner	Alicia Hohmann   Referentin Nachhaltigkeit Prof. Dr. Stephan Wimmers   Geschäftsführer Standortpolitik
Gestaltung, Titel	Elisabeth Mantouvalou   em@mantouvalou.de
Stand	Januar 2025

.....

Bildnachweise	<b>Titel:</b> J.V.G. Ransika/Adobe Stock, Keitma/Adobe Stock, Freepik <b>Seite 4:</b> Adobe Stock <b>Seite 7:</b> Freepik <b>Seite 11:</b> addawan/AdobeStock <b>Seite 12:</b> Prakakrong/AdobeStock <b>Seite 17:</b> hkama/Adobe Stock
---------------	--



Industrie- und Handelskammer  
Bonn/Rhein-Sieg